

## **Der Mauerbau und die Wirtschaftskrise 1960/61: Ursachen und Folgen**

Am 4. August 1961 erläuterte SED-Chef Walter Ulbricht dem KPdSU-Spitzenmann Nikita Chruschtschow in einem langen Dokument, weshalb die DDR sich in eklatanten wirtschaftlichen Schwierigkeiten befand und was das mit der offenen Grenze zu tun habe.<sup>1</sup> Dieses Dokument war ein wesentlicher Bestandteil für die Begründung des Mauerbaus. Dieser war zu einem nicht geringen Teil - neben den politischen Ursachen - eine Reaktion der SED-Spitze und der Moskauer Führung auf die mit Händen zu greifende Wirtschaftskrise in der DDR zu diesem Zeitpunkt. Jedoch wie kam es zu dieser wirtschaftlichen Misere und welche Folgen hatte sie? Um diese Fragen zu beantworten, ist zunächst auf die Ausgangssituation im letzten Drittel der fünfziger Jahre und die damaligen Zielvorstellungen der SED-Spitze einzugehen, um dann die den Krisenprozessen zugrunde liegenden systemimmanenten Mechanismen in ihrer situationsbedingten Verschränkung aufzuzeigen, denn die oft angeführte Flucht aus der DDR stellte letztlich nur ein Symptom, aber nicht die Ursache der Krise dar, die letztlich auch zum Mauerbau führte. Anschließend ist auf die wirtschaftlichen Folgen des Mauerbaus einzugehen.

Gegen Ende der fünfziger Jahre sah sich die DDR-Führung am Beginn eines wirtschaftlichen Aufschwungs ihres Staates. Er sollte ihr die Legitimität verschaffen, die der SED-Herrschaft bislang gefehlt hatte und endgültig die Krise beenden, in der sich die DDR seit dem 17. Juni 1953 befand. Anlaß zum Optimismus boten ihr die vermeintlich seriösen Aussagen aus Moskau über das rasche Wachstum der Sowjetwirtschaft: Ihre Produktivität werde, hieß es, in wenigen Jahren die der USA erreichen und überholen.<sup>2</sup> Zum anderen sagte man eine Wachstumsschwäche der westlichen

---

1 Veröffentlicht in: André Steiner: Politische Vorstellungen und ökonomische Probleme im Vorfeld der Errichtung der Berliner Mauer. Briefe Walter Ulbrichts an Nikita Chruschtschow, in: Hartmut Mehringer (Hg.): Von der SBZ zur DDR: Studien zum Herrschaftssystem in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik, München 1995, S. 233-268, hier 254-268.

2 Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XX. Parteitag, Berlin (Ost) 1956, S. 175.

Industrieländer voraus, die das Überholmanöver erleichtern sollte. So besehen gab es gute Chancen, den Kapitalismus alsbald zu „beerdigen“, wie es Chruschtschow damals den Amerikanern versprach.<sup>3</sup> Die Wirtschaftsdaten der DDR schienen ebenfalls günstig: die Zuwachsraten lagen 1957/58 höher als Mitte der fünfziger Jahre.<sup>4</sup>

Dieser Optimismus war in Euphorie umgeschlagen, seit im Oktober 1957 der erste künstliche Satellit die Erde umkreiste: der sowjetische Sputnik - denn was bewies besser die Überlegenheit der Planökonomie als dieses Produkt sozialistischer Wissenschaft, Planung und Technologie? Und so jubilierte ein hochrangiger Wirtschaftsfunktionär: „Früher sagte man, die Sonne bringt es an den Tag. Heute besorgen das die Sputniks. Ihre Strahlen beseitigen in vielen westlichen Hirnen die dort herrschende Dämmerung.“<sup>5</sup> Tatsächlich hatte der Sputnik im Westen auf manche wie ein Schock gewirkt und den Blick von der bekannten ökonomischen Rückständigkeit auf die womöglich unterschätzten Potentiale der Sowjetunion gelenkt. An der Effizienz marktwirtschaftlicher Strukturen aber zweifelte im Westen kaum jemand, zumal allen bewußt war, daß die Systemkonkurrenz, zu der Chruschtschow den Westen explizit eingeladen hatte, nicht im Weltraum, sondern auf der Erde entschieden werden würde - beim Vergleich des Ein- und Auskommens von Menschen und im Wettbewerb um menschenwürdige Lebensweisen.

Das wußte auch die SED. Und wie für die Ostdeutschen, denen sie stets als Maßstab der eigenen Befindlichkeit galt, war die Bundesrepublik ebenso für die Parteiführer die Referenzgesellschaft. Sie bildete den Bezugspunkt, der bei den meisten ihrer Entscheidungen wenigstens zu berücksichtigen war - insbesondere beim Blick auf den Lebensstandard und sein West-Ost-Gefälle. Vor allem auf diesem Gebiet, bei Einkommen und Konsum, wurden Erfolge gebraucht, wenn die Legitimitätslücke der Parteiherrschaft und ihr sichtbarster Ausdruck, die Flucht nach Westen, verringert werden sollte. Jetzt, Ende der fünfziger Jahre, schien die Lage günstig. Das eigene Wirtschaftswachstum und mehr noch die Sputnik-Euphorie sowie das Vorbild der Sowjetunion veranlaßten die SED-Spitze Mitte 1958, der Bundesrepublik nun auch förmlich die Konkurrenz zu erklären. Walter Ulbricht verkündete die „ökonomische Hauptaufgabe“, das Ziel, bis Ende 1961 die Produktion so zu gestalten, daß „der Pro-Kopf-Verbrauch unserer werktätigen Bevölkerung (bei) allen wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern den Pro-Kopf-Verbrauch der Gesamtbevölkerung in Westdeutschland erreicht und übertrifft“.<sup>6</sup> Das war ein kühnes Unterfangen, zumal die Arbeitsproduktivität des Konkurrenten - gemäß dem 1959 beschlossenen Siebenjahrplan - erst 1965

---

3 Vgl. Kühle Aufnahme der Abrüstungsrede Chruschtschows, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.9.1959, S. 1.

4 Staatliche Zentralverwaltung für Statistik: Statistisches Jahrbuch der DDR 1962, Berlin (Ost) 1962, S. 276.

5 Referat des Stellvertreters des Ministers, Hermann Grosse: 23.1.58, Bundesarchiv (im folgenden: BArch) Berlin DE1/2297.

6 Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. 10. bis 16. Juli 1958, Berlin (Ost) 1959, S. 68, 70.

erreicht werden sollte.<sup>7</sup> Als politisches Postulat, als Hinweis auf den dringend notwendigen Ausgleich der Wohlstandsdifferenz zwischen West und Ost, war das Vorhaben sicher konsequent. Wirtschaftlich war es in Anbetracht der vorhandenen Ressourcen und mit den herkömmlichen Lenkungsinstrumenten der bis dahin etablierten Planwirtschaft allerdings illusionär.

Beim Überbrücken der Differenz zwischen raschem Konsum-Ertrag und späterer Wirtschaftsleistung setzte man auf die Hilfe der Sowjetunion.<sup>8</sup> Möglicherweise wollte die SED-Spitze diese mit dem Verkünden dieses anspruchsvollen Ziels sogar erzwingen. Schließlich plante man Lieferungen aus Moskau ein, die dort weder zugesagt worden waren, noch später erfolgten. Im übrigen rechneten die Planer schon beim Bestimmen des aktuellen Konsumniveaus beider Gesellschaften die DDR-Zahlen schön.<sup>9</sup> Zudem barg die Idee einen Zielkonflikt: Die versprochenen längerfristigen Konsumsteigerungen erforderten zunächst ein Mehr an Investitionen, was die kurzfristig für den Verbrauch zur Verfügung stehenden Mittel beschränkte. Um das zu vermeiden, hätten von außen Mittel zugeführt werden müssen. Doch dazu sahen sich die Sowjetunion wie die Ostblockländer außerstande, und eine Verschuldung im Westen kam politisch nicht in Frage.

Gleichwohl wurden die beachtlichen Wachstumsziele für 1958 und 1959 übertroffen.<sup>10</sup> Das beruhte vor allem auf erhöhten Investitionen und gestiegenen Importen von Rohstoffen und Halbzeugen, was bis zum Ende des Jahrzehnts die Versorgung der Betriebe verbesserte. Hinzu kamen Produktivitätssteigerungen - auch durch die Mobilisierung von Beständen und Reserven.<sup>11</sup>

Das, sowie die zunächst rückläufige Zahl von „Republikflüchtlingen“ 1958/59, ließ der Parteiführung die strukturellen Schwächen der „Hauptaufgabe“ als überbrückbar erscheinen und stärkte ihren Optimismus derart, daß sie beschloß, nun auch auf dem Lande „sozialistische Produktionsverhältnisse“ zu schaffen und die 1952 begonnene Kollektivierung in kurzer Zeit abzuschließen. Der dabei übliche massive Druck forcierte die Fluchtbewegung, die Agrarproduktion brach ein, und die prompt folgende Versorgungskrise konnte durch Importe nicht wirklich behoben werden. Die Sowjetunion konnte nur in geringem Umfang liefern und für Käufe auf dem Weltmarkt fehlten

---

7 Gesetzblatt der DDR 1959, I, S. 705.

8 Ulbricht an Chruschtschow, 19.1.61, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (im folgenden: SAPMO-BA) DY30 J IV 2/202/30, veröffentlicht in: Steiner, Politische Vorstellungen, S. 242-254.

9 André Steiner: Vom Überholen eingeholt. Zur Wirtschaftskrise 1960/61 in der DDR, in: Burghard Ciesla, Michael Lemke, Thomas Lindenberger (Hg.): Sterben für Berlin? Die Berliner Krisen 1948-1958, Berlin 1999, S. 245-262, hier 247f.

10 Information über die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1958, SAPMO-BA NY4090/331; SPK: Übersicht über die Erfüllung wichtiger Kennziffern des Siebenjahrplanes der DDR 1959-1965, 24.3.66, SAPMO-BA, DY30 IV A2/2021/260.

11 Steiner, Vom Überholen, S. 249-250.

Devisen.<sup>12</sup> Zudem traten 1960 in der Industrie die Strukturdefekte der Planökonomie wieder stärker hervor. Sie waren den Verantwortlichen zwar seit langem bewußt, aber man hielt sie für heilbare „Kinderkrankheiten“, doch dafür gab es bislang kein neues Konzept. So wurden die Betriebe nach wie vor danach beurteilt (belohnt bzw. bestraft), ob sie die Plankennziffer „Bruttoproduktion“ erfüllten. Sie konnten diese Vorgabe umso besser realisieren, je mehr Inputs (Rohstoffe, Investitionen, Arbeitskräfte, etc.) ihnen zur Verfügung standen. Da die bereitgestellten Ressourcen kaum von ihren wirtschaftlichen Ergebnissen abhängig waren, verlangten die Betriebe beim Erstellen des Plans regelmäßig nach mehr, als ihnen die Planzentrale zubilligen wollte und als volkswirtschaftlich zur Verfügung stand. Aus diesen Forderungen nun hatte die Zentrale diejenigen auszuwählen, die ihr politisch belang- und ökonomisch sinnvoll erschienen. Dafür jedoch standen ihr keine genuin ökonomischen Kriterien zur Verfügung. Die Preise waren fixiert worden und widerspiegelten keine realen Knappheiten. Somit boten sie keinen brauchbaren Anhaltspunkt für die Ressourcenverteilung.<sup>13</sup> Deshalb folgten viele Investitionsentscheidungen mehr politischen Kalkülen als Effizienzerwägungen und führten häufig zu volkswirtschaftlich fragwürdigen Projekten. Zutreffend, wenn auch in der Sprache der SED-Politik, hieß es im Sommer 1960 in einer internen Analyse, bei den Investitionen seien „in einem für die volkswirtschaftliche Gesamtentwicklung unerträglichen Maße Subjektivismus und Spontaneität“ am Werke.<sup>14</sup>

Das war mit den illusionären Vorgaben der „Hauptaufgabe“ nur noch ärger geworden. Denn nun verlangten die Betriebe noch mehr als zuvor. Eine Konsequenz: Standen für ein Projekt die Geldmittel zur Verfügung, fehlten oft die erforderlichen Maschinen und Ausrüstungen, weil dem Maschinenbau die Gelder verweigert worden waren, die für die Erweiterung seiner Produktion erforderlich gewesen wären. Diese Beträge waren stattdessen der Konsumgüterindustrie zur Verfügung gestellt worden, um kurzfristige Erfolge bei der Erfüllung der „Hauptaufgabe“ vorweisen zu können. Auf diese Weise wuchs der Anteil unvollendeter Investitionen. Die Investitionseffektivität halbierte sich 1960 gegenüber 1959 und fiel bis 1962 noch einmal um ein Drittel.<sup>15</sup> Gleichzeitig spitzte sich das Beschäftigungsproblem zu. Die ungünstige demographische Entwicklung und die Westwanderung verschärften die systembedingte Arbeitskräfteknappheit, die aus der Neigung der Betriebe resultierte, im Interesse einer leichten Planerfüllung auch Arbeitskräfte zu „horten“. Die Folge: eine über die Löhne ausgetragene zwischenbetriebliche Konkurrenz um

---

12 Vgl. Jens Schöne: Frühling auf dem Lande? Die Kollektivierung der DDR-Landwirtschaft, Berlin 2005, S. 180-235; André Steiner: Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, Berlin 2007, S. 129-133.

13 Grundsätzlich zu diesen Systemmechanismen siehe: Janos Kornai: Das sozialistische System. Die politische Ökonomie des Kommunismus, Baden-Baden 1995. Zur Entwicklung in der DDR vgl.: Steiner, Von Plan zu Plan, S. 12-16, 105-109.

14 Bericht der Arbeitsgruppe Investitionen über die notwendigen Maßnahmen [...], September 1961, SAPMO-BA NY4097/21.

15 Steiner, Vom Überholen, S. 253-254.

Arbeitskräfte, was sich aus Sicht der SPK so darstellte: „Durch zum Teil ungesetzliche Lohnmaßnahmen (...) versuchen die Betriebe, einerseits die Abwanderung der Arbeitskräfte zu unterbinden und andererseits Arbeitskräfte aus anderen Betrieben abzuwerben.“ In der Folge „wechseln bestimmte Gruppen von Werktätigen mehr oder weniger oft ihren Arbeitsplatz, um immer die günstigsten Bedingungen bezüglich der Entlohnung, der Arbeitsbedingungen oder der sozialen Betreuung wahrnehmen zu können.“<sup>16</sup> Die resultierende Fluktuation und ihre Folgekosten standen zum einen dem Planungsanspruch der SPK entgegen und konnten aber zum anderen bei den bestehenden Rahmenbedingungen auch nicht als produktivitätssteigerndes Wettbewerbselement wirksam werden. Dieses Verhalten der Betriebe war möglich, weil die betrieblichen Lohnmittel zentral nur unzureichend kontrolliert und begrenzt werden konnten. Deshalb gelang es auch nicht, die Lohnentwicklung im erhofften Maße an die Produktivitätssteigerung zu binden.

Daran trug freilich auch die unzureichende Qualität der Arbeitsnormen Schuld.<sup>17</sup> Diese wiederum war Ausdruck der Schwierigkeit, die Beschäftigten einer als volkseigen apostrophierten Wirtschaft zu Leistungssteigerungen zu motivieren. Einerseits legitimierte die Parteiführung ihre Herrschaft als „Arbeiter-und-Bauern-Staat“. Andererseits trat sie dem vermeintlichen Souverän als „Gesamtunternehmer“ gegenüber. Ein Dilemma, das zum 17. Juni geführt hatte. Eine Lage freilich auch, der sich die Lohnabhängigen durch die Flucht in den Westen entziehen konnten. Normerhöhungen waren daher vor dem Mauerbau faktisch Tabu. Die Folge: Die Einkommen stiegen rascher als geplant, und das Warenangebot kam nicht nach, es verschlechterte sich 1960 gar noch. Es fehlten Fleisch, Wurst, Butter, Käse, Schuhe, Untertrikotagen und Waschmittel. Das war zum einen auf die angespannten Kapazitäten und knappen Ressourcen der Industrie sowie auf die der Kollektivierung geschuldeten Probleme der Landwirtschaft zurückzuführen. Es war zum anderen Ergebnis betrieblicher Lohnpolitik, die sich angesichts der „Abstimmung mit den Füßen“ häufig entschloß, Lohnforderungen nachzugeben, um die Beschäftigten zum Bleiben zu veranlassen. Gleichwohl: Viele gingen dennoch, und der wachsende Mangel an Arbeitskräften führte zu neuen Produktionsausfällen, die Ausfälle zu Versorgungsstörungen, diese zu Fluchtgründen und die wiederum zu Störungen des Produktionsablaufs. Ein Teufelskreis. Zu den binnen- kamen außenwirtschaftliche Probleme. Neben den ohnehin nie zugesagten blieben vereinbarte Importe aus der Sowjetunion und anderen RGW-Staaten aus, und im September 1960 entschied die Bundesregierung „vorsorglich“, wie es hieß, das Abkommen über den innerdeutschen Handel zum Jahresende zu kündigen.<sup>18</sup>

---

16 SPK: Begründung zur Vorlage zur Verbesserung der Leitungstätigkeit der staatlichen Organe auf dem Gebiet der Arbeitskräfte, Oktober 1960, BArch Berlin DE1/1221, Bl. 16-25, hier 17-20, Zitat 20.

17 Vgl. Peter Hübner: Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945-1970, Berlin 1995.

18 Steiner, Vom Überholen, S. 255-258.



Nun war der SED-Führung der Ernst der Lage bewußt. Schon im Sommer 1960 hatte Ulbricht Chruschtschow gestanden, daß die „Hauptaufgabe“ nicht zu erfüllen sei, und um sowjetische Hilfe gebeten.<sup>19</sup> Anfang Mai 1961 wurde der Siebenjahrplan – wie es im Planerdeutsch hieß – „präzisiert“, d.h. seine Ziele gesenkt.<sup>20</sup> Das Erreichen oder Überholen des westdeutschen Lebensstandards rückte in weite Ferne und Ulbricht ging nun davon aus, daß die Zahl der „Republikflüchtigen“ weiter ansteigen werde.<sup>21</sup> Im wirtschaftlich günstigen Jahr 1959 hatten nach DDR-Angaben „nur“ 81.073 (Westzählung: 143.917) das Land verlassen, 1960 waren es 159.768 (199.188), und bis zum 13. August 1961 noch einmal 178.803 (159.730).<sup>22</sup> Den aktuellen Anlaß, das Land zu verlassen, bildeten in diesen Monaten bei vielen die offenkundigen und kaum überwindbar erscheinenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten vor dem Hintergrund der Berlin-Agitation, die eine Lösung des West-Berlin-Problems bis zum Jahresende androhte. Sie ließ befürchten, daß Westberlin demnächst abgeriegelt und so der am häufigsten benutzte Fluchtweg versperrt werden würde.

Mit ökonomischen Mitteln ließ sich die Abwanderung nicht stoppen: alle kurzfristigen Lösungsmöglichkeiten, wie Beschränkung der Geldeinnahmen der Bevölkerung durch eine konsequentere Normensetzung oder Preiserhöhungen, mußten die Flucht in den Westen weiter verstärken. Eine schnelle Verbesserung des Warenangebots durch Westimporte kam für die SED-Spitze politisch nicht in Betracht.<sup>23</sup> Vielmehr hatte die SED mit ihrem Vorhaben, den Wohlfahrtsrückstand zur Bundesrepublik aufzuholen, die DDR in eine akute Wirtschaftskrise geführt, die neue Anlässe schuf, das Land zu verlassen, und schließlich eine außerökonomische Lösung des Konflikts erforderlich machte, wenn die Parteidiktatur gesichert werden sollte. Der Mauerbau schien der Ausweg.

Aber auch dieses Unternehmen war kostspielig. Die Errichtung der Mauer - einschließlich, der Verlegung von Bahnstrecken, Telefon- oder Energieleitungen etc. - kostete im weiteren Sinne nach vorsichtiger Schätzung zwei Milliarden Mark.<sup>24</sup> Zudem ging mit der „Grenzsicherung“ die vorsorgliche ökonomische Abkopplung vom Westen einher - die propagierte „Störfreimachung“ der DDR-Wirtschaft von westlichen Zulieferungen, die durch Importe aus dem RGW-Raum oder eigene Fertigung ersetzt werden sollten. Auch dieses Projekt war teuer und ist mit zumindest einer

---

19 Ulbricht an Chruschtschow, 23.7.60 (russ.), SAPMO-BA DY30 J IV 2/202/29.

20 Erste zusammenfassende Einschätzung der bisherigen Ergebnisse der Regierungsverhandlungen zwischen der UdSSR und der DDR auf die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR im Zeitraum 1962 - 1965 und die sich daraus ergebenden Schlußfolgerungen für die weitere Arbeit, 26.4.61, SAPMO-BA DY30 J IV 2/202/30. Vgl. SPK: Vermerk zu Fragen der Einholung und Überholung Westdeutschlands, 19.8.60, BA DE1/912.

21 Vermerk über die Besprechung bei Gen. Walter Ulbricht am 3.5.61, SAPMO-BA DY30 J IV 2/2J/743.

22 DDR-Angaben nach: Einschätzung der Verluste, die der Volkswirtschaft durch Abwerbung von Arbeitskräften entstanden sind, SAPMO-BA, NY4182/972. Westzählung nach: Hans-Hermann Hertle, Konrad H. Jarausch und Christoph Kleßmann (Hg.): Mauerbau und Mauerfall. Ursachen - Verlauf - Auswirkungen, Berlin 2002, S. 312.

23 Steiner, Vom Überholen, S. 260-261.

24 Zu der Schätzung siehe: André Steiner, Eine wirtschaftliche Bilanz der Berliner Mauer, in: Hertle et al., Mauerbau und Mauerfall, S. 189-202, hier 189-190.

Milliarde Mark nicht zu hoch veranschlagt.<sup>25</sup> Diese drei Milliarden einmalige Kosten entsprachen etwa 10 Prozent der Summe, die 1961/62 insgesamt in der DDR investiert wurde.<sup>26</sup> Verglichen mit den Verlusten in Höhe von etwa 3,7 Milliarden die jährlich seit Anfang der fünfziger Jahre durch die Flucht und durch sie bedingte Produktionsausfälle entstanden waren,<sup>27</sup> mochte die Summe mäßig erscheinen. Das waren aber noch nicht alle wirtschaftlichen Konsequenzen, ganz zu schweigen von den Mauertoten und menschlichen Tragödien. Hinzu kamen die laufenden Kosten für die Grenztruppen, die Mitte der sechziger Jahre mit jährlich etwa 500 Millionen Mark zu Buche schlugen,<sup>28</sup> wobei die in Schüben erfolgende „Modernisierung“ der Grenzanlagen diese Summe in manchem Jahr noch steigerte. Diesen Gesamtaufwand hätte man anderenfalls vor allem sozialproduktsteigernd einsetzen können. Weiter wurde mit der „Störfreimachung“ die Tendenz, sich von den Weltmärkten abzuschotten, vorangetrieben und damit ein Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit festgeschrieben. Ebenso sind die Konsequenzen für Motivation und Leistungsbereitschaft in der Produktion bei jenen zu berücksichtigen, die sich nun für lange Zeit und ohne realistische Alternative in der DDR einzurichten hatten. Wenn man all diese kaum exakt zu beziffernden Kosten in Anschlag bringen würde, übertrafen sie wohl die vermiedenen Flucht-Verluste. So gesehen war der Mauerbau auch unter wirtschaftlichen Aspekten ein „Verlustgeschäft“. Aus dem SED-Blickwinkel der „Ökonomie der Macht“ hingegen war sie mittelfristig durchaus effizient: Sie sicherte die Herrschaft der Partei, gab ihr mehr Planungssicherheit und erweiterte ihren Handlungsspielraum. Entscheidend für die DDR-Führung war und das wurde intern auch thematisiert, daß „mit den Maßnahmen der Regierung vom 13.8.1961 (...) eine Stabilisierung der Arbeitskräftelage ( ... und) neue Voraussetzungen für eine exakte Planung“ gegeben waren, also Planungssicherheit bei den Arbeitskräften möglich wurde.<sup>29</sup> Die Eingliederung von etwa 40.000 ehemaligen Grenzgängern, die bis zum Mauerbau im Osten gelebt und im Westen gearbeitet hatten, konnte das Problem des rückläufigen Beschäftigungspotentials nicht lösen. Aber zumindest mit den negativen Effekten für Leistungsmotivation und Fluktuation bei den im Osten Beschäftigten, die die Grenzgänger verursachten, hatte man nicht mehr zu kämpfen.

Mit dem Bau der Berliner Mauer erlangte die Parteiführung jedoch auch die politische Handlungsfreiheit, um die Lohnentwicklung zu beschränken und das Ungleichgewicht zwischen Kaufkraft und

---

25 Steiner, Wirtschaftliche Bilanz, S. 191-192.

26 Berechnet nach: Staatliche Zentralverwaltung für Statistik: Statistisches Jahrbuch der DDR 1965, Berlin (Ost) 1965, S. 32, 43.

27 Berechnet nach: Einschätzung der Verluste, die der Volkswirtschaft durch Abwerbung von Arbeitskräften entstanden sind, SAPMO-BA, NY4182/972.

28 Planangaben für 1965 in: Hoffmann an Rumpf, April 1965, Bundesarchiv Militärarchiv Freiburg MdF, Nr. 005, Bl. 184f.

29 SPK, Abt. Arbeitskräfte: Analyse über die Durchführung des Arbeitskräfteplanes in der Zeit von Januar bis September 1961, 14.10.61, SAPMO-BA DY30 IV2/608/46, Bl. 99-108.

Warenangebot zu vermindern. Sie griff nicht nur die Normenfrage, sondern auch das Problem der Preiserhöhungen für Konsumgüter auf.<sup>30</sup> Die Mängel in der Lohnpolitik sollten mit dem „Produktionsaufgebot“ abgestellt werden, zu dem offiziell eine Berliner Brigade unter der Losung „In der gleichen Zeit für das gleiche Geld mehr produzieren!“ aufrief.<sup>31</sup> Diese Kampagne nutzten vor allem die Verantwortlichen auf den mittleren Ebenen, um die Normen zu erhöhen. Bei den Arbeitern und selbst den Parteimitgliedern, aber auch bei den SED- und Gewerkschaftsfunktionären auf den unteren Ebenen stieß das auf beträchtlichen Unmut. Sie gaben kund: „Das Produktionsaufgebot geht auf Kosten der Knochen der Arbeiter“ und „Die Schufterei war noch nie so groß wie jetzt, ihr seid ja schlimmer als die Kapitalisten.“ In Extremfällen wurde die Arbeit niedergelegt. Die Zahl der Streiks nahm in den ersten drei Quartalen 1962 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum zu. Nicht wenige Arbeiter fanden sich jedoch in der gegebenen politischen Lage nach dem Mauerbau mit den Normerhöhungen und eingefrorenen Löhnen ab. Wirtschaftlich erwies sich diese Kampagne dort als kontraproduktiv, wo ein nivellierter Verdienstdurchschnitt hergestellt wurde, ohne die individuellen Leistungsunterschiede der Beschäftigten zu würdigen.<sup>32</sup> Die Wirkung des „Produktionsaufgebotes“ blieb aber insgesamt begrenzt.<sup>33</sup>

Gleichwohl sank das Realeinkommen der Bevölkerung 1962 gegenüber 1961 um 3 Prozent. Jedoch war dies nicht so sehr ein Resultat des „Produktionsaufgebotes“. Vielmehr gingen die Einkommen der LPG-Bauern um 12 Prozent zurück, was der Mißernte 1961 und rigoroserer Finanzierungsregeln für die LPG's in Abhängigkeit von der landwirtschaftlichen Produktion geschuldet war.<sup>34</sup> Außerdem wurden nun die bereits seit dem Frühjahr 1961 durch das SED-Politbüro grundsätzlich beschlossenen Preiserhöhungen<sup>35</sup> in Kraft gesetzt, um die Diskrepanz zwischen Warenangebot und Kaufkraft zu verringern. Nach dem Mauerbau meinte man wohl, gegenüber der Bevölkerung in geringerem Maße politische Rücksichten nehmen zu müssen. Betroffen waren Schuhe, Kurzwaren und Textilien, vor allem modische Kleidungsstücke, die in den „Exquisitläden“ angeboten wurden. Im Zusammenhang mit technischen Verbesserungen, wie es hieß, erhöhte man auch die Preise von Autos, Waschmaschinen, Radio- und Fernsehgeräten. Obst, Gemüse und Kartoffeln wurden teurer. Bei Fleisch, Fisch und Kaffee verschob sich das Angebot zu den kostspieligeren Warengruppen.

---

30 Vgl. u.a.: Apel an die Leiter aller wirtschaftspolitischen Abteilungen, 1.9.61, SAPMO-BA DY30 IV 2/2029/10.

31 Neues Deutschland vom 7.9.61.

32 Einige Probleme der Entwicklung des Produktionsaufgebotes, 6.10.61, SAPMO-BA DY30 IV 2/2029/205; Analyse über Arbeitskonflikte [...], 12.3.63, SAPMO-BA DY30 IV A2/2021/738.

33 Steiner, Wirtschaftliche Bilanz, S. 194.

34 Probleme der Versorgung der Bevölkerung, Anlage (zum Brief an Chruschtschow, 21.6.63), SAPMO-BA DY30/3712; SPK, Hauptabteilung Perspektivplanung: Übersicht über die Kaufkraftentwicklung [...], 22.9.62, SAPMO-BA DY30 IV A2/2021/247.

35 Information für die Mitglieder und Kandidaten des ZK über Maßnahmen zur Verbesserung [...], 15.3.61, SAPMO-BA DY30 IV 2/608/51.



Auch für einige Dienstleistungen hob man die Preise an.<sup>36</sup> Gleichzeitig sollte die starke Nachfrage nach einigen hochwertigen Industriewaren sowie Fleisch und Butter begrenzt werden, indem man verstärkt Kakao, Kaffee und Südfrüchte importierte, „um entsprechend der Einstellung der Bevölkerung zur Versorgung das Bild im Angebot positiv zu beeinflussen.“ Für die Bezahlung dieser Importe exportierte man andere Industriewaren, wie Musikinstrumente, Fahrräder, Kameras u.ä.<sup>37</sup> Damit ging aber auch das Angebot an industriellen Konsumgütern insgesamt zurück. Dadurch verlagerte sich die Nachfrage doch stärker zu dem ohnehin durch die Mißernte 1961 verminderten Angebot an Nahrungsmitteln. Mit der Einführung von Kundenkarten mußten Fleisch und Butter praktisch wieder rationiert werden. Darüber hinaus wurde die Qualität bestimmter Nahrungsmittel verschlechtert, um das Angebot zu „strecken“.<sup>38</sup>

Die Preiserhöhungen widersprachen den langjährigen Versprechen der SED-Spitze, die Verbraucherpreise stabil zu halten oder zu senken. Noch desaströser für die Meinung der Bevölkerung war die wiederbelebte Rationierung. Der Realeinkommensverlust durch Einkommensbegrenzungen und Preissteigerungen steigerte den Unmut, was der Volksmund auf die Formel brachte: „Wie die Verpflegung so die Bewegung.“<sup>39</sup> Außerdem war der SED-Spitze bewußt, daß sich der Lebensstandard in der Bundesrepublik zur gleichen Zeit weiter erhöht hatte und das – wie sie gegenüber Chruschtschow betonte – nach dem Mauerbau weiter die Haltung der Bevölkerung „in starkem Maße“ beeinflusste. Vor allem sah man für die Zukunft zunächst keine Möglichkeiten, einer durchgreifenden Verbesserung des Angebots.<sup>40</sup> Die Parteispitze wußte durchaus, was sie der Bevölkerung zumutete und wie kritisch die Lage war. Der SPK-Vorsitzende Karl Mewis sah bereits den schwierigsten Punkt in der DDR-Entwicklung gekommen, an dem sich „die Stabilität des Sozialismus beweisen“ müsse.<sup>41</sup> Für eine langfristige Systemgarantie und die Machtsicherung reichten die administrativen Methoden des Lohnstopps und der Preiserhöhung nicht aus. So ließen sich weder Legitimation beschaffen noch Stabilität erreichen. Die waren allenfalls über ein Wachstum mit Wohlfahrtseffekten zu erzielen und diese Entwicklung nur mit einem System der Wirtschaftslenkung auf den Weg zu bringen, das weniger politischen Kalkülen folgte als den

---

36 Vorsitzender der Regierungskommission für Preise: Bericht über die Durchführung des Beschlusses des Politbüro vom 10.3.61 [...], 14.11.61, SAPMO-BA DY30 IV 2/608/71; Abteilung Planung und Finanzen: Bericht über die Wirkung der Preismaßnahmen [...], 11.8.62, SAPMO-BA DY30 IV 2/608/72.

37 Abteilung Planung und Finanzen: Stellungnahme zum Planprojekt 1962, 20.1.62, SAPMO-BA DY30 IV 2/608/56.

38 Probleme der Versorgung der Bevölkerung, Anlage (zum Brief an Chruschtschow, 21.6.63), SAPMO-BA DY30/3712.

39 Abt. Organisation und Kader: Kurzinformation über Stimmungen und Meinungen [...], 7.6.62, SAPMO-BA NY4182/968; Beschluß des Sekretariats des ZK über die Weiterführung der Plandiskussion, 29.8.62, SAPMO-BA DY30 IV A2/2021/269.

40 Probleme der Versorgung der Bevölkerung, Anlage (zum Brief an Chruschtschow, 21.6.63), SAPMO-BA DY30/3712. Allerdings dürfte diese Einschätzung etwas dramatisiert worden sein, um weitere wirtschaftliche Hilfe der Sowjetunion zu rechtfertigen.

Geboten ökonomischer Effizienz. Das war denn auch die Idee, die zunächst der 1963 in Angriff genommenen Wirtschaftsreform zugrunde lag.

Der Gedanke, eine solche Reform durchzuführen, reifte über längere Zeit, da man sich der Inkonsistenzen bei der Wirtschaftslenkung und der Schwierigkeit, die Grenzen des extensiven Wachstumspfadens zu überspringen, bereits seit Ende der fünfziger Jahre bewußt war. Ausschlaggebend dafür, daß sie tatsächlich in Angriff genommen wurde, war jedoch die von der Parteiführung als existentiell wahrgenommene Wirtschaftskrise 1960/61. Einen 1962 von der SED-Spitze zur Entlastung unternommenen Versuch, die Modernisierung der DDR-Industrie von der Sowjetunion kreditieren bzw. alimentieren zu lassen, lehnte diese – wohl auch wegen der begrenzten eigenen Möglichkeiten – ab. Dies bildete dann den letzten Anstoß dafür, eine Reform des Lenkungs- und Koordinationsmechanismus in Angriff zu nehmen. Die Moskauer Führung mußte nach ihrer Weigerung, die DDR stärker zu alimentieren, einem solchen Reformversuch zustimmen, zumal mit ihm die Vorherrschaft der Partei oder die Eigentumsverhältnisse nicht angerührt werden sollten.<sup>42</sup>

Nach langwierigen Diskussionen und ersten Experimenten wurde im Sommer 1963 ein Gesamtkonzept für die Reform verabschiedet, die zunächst als „Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ bezeichnet wurde.<sup>43</sup> Sie sollte die Modernisierung der Volkswirtschaft und die permanente Steigerung der Produktivität sichern. Die Branchen und Betriebe sollten eigenständiger auf der Basis eines nur Eckdaten vorgebenden perspektivisch orientierten Planes agieren. Die Interessen der Zentrale und der Wirtschaftseinheiten waren mit wirtschaftlichen Anreizen – den „ökonomischen Hebeln“ – in Übereinstimmung zu bringen. Zum zentralen Leistungsmaßstab erklärte man jetzt den Gewinn. Seine Höhe sollte wesentlich über die Prämien sowohl für die Belegschaft als auch für das Leitungspersonal entscheiden. Damit der Gewinn diese Rolle spielen konnte, mußten die Grundlagen für eine unverzerrte Kostenrechnung geschaffen werden. Ohne auf die Details der verschiedenen Regelungen einzugehen, ist festzuhalten, daß grundlegende Prämissen sozialistischen Wirtschaftens unangetastet blieben. Man versuchte im Grunde marktwirtschaftliche Mechanismen zu simulieren, ohne deren ordnungspolitischen Grundlagen einführen zu wollen, was zwangsläufig neue Inkonsistenzen nach sich ziehen mußte. Darüber hinaus blieb die Reform von dem Widerspruch geprägt, daß im Bereich der Wirtschaft die Eigenständigkeit ihrer Teilsysteme anerkannt und gestärkt werden sollte, während sowohl der ökonomische als auch der politische Gesamtrahmen fehlte, um neuartige Interessen zu artikulieren und auftretende Gegensätze austragen zu können. Dieser Widerspruch war letztlich Ausdruck dessen,

---

41 Information über die Stellvertreterberatung der SPK vom 14.3.62, SAPMO-BA DY30 IV A2/2021/247.

42 Vgl. im Detail: André Steiner: Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz- und Machtkalkül, Berlin 1999, S. 44-60.

43 Vgl. zum folgenden: Steiner, DDR-Wirtschaftsreform, S. 60-78.

daß die Wirtschaftsreform von der SED-Spitze in Gang gesetzt worden war, um die eigene Macht langfristig zu sichern.

Bei dieser Konstellation war es nicht überraschend, daß die Resultate der Reform ambivalent und in den Augen der SED-Spitze unbefriedigend blieben. So war auch der Lerneffekt, den die Wirtschaftskrise 1960/61 ausgelöst hatte, rasch verbraucht und das SED-Machtkalkül blieb beherrschend. Bald dominierten wieder die zentralistischen Steuerungsmechanismen, die schließlich den ökonomischen Niedergang der DDR beschleunigten.